

## **Niederschrift**

über die öffentliche Sitzung  
**des Gemeinderats der Stadt Lörrach**  
**am Donnerstag, 23. März 2017**

im großen Sitzungssaal des Rathauses Lörrach, Luisenstraße 16

Anwesend:	Oberbürgermeister Lutz als Vorsitzender Bürgermeister Dr. Wilke
Stadträtinnen und Stadträte:	Bachmann-Ade, Berg, Bernnat, Böhringer, Claassen, Cyperrek, Escher, Glattacker, Herzog, Heuer, Höfler, Kiefer, Koesler, Krämer, Kurfeß, Lindemer, Lusche, Oehler (bis 19.45 Uhr), Pichlhöfer, Roßkopf, Salach, Salinas de Huber, Schlecht, Simon, Sommer, Vogel, Dr. Vogelpohl, Werntaler
Entschuldigt:	Denzer, Di Prima, Martin, Wiesiollek
Ferner:	Fachbereichsleiterin Buchauer Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdić Fachbereichsleiterin Rebmann-Schmelzer Fachbereichsleiter Kleinmagd Fachbereichsleiter Sproß (bis 18.30 Uhr) Stellv. Fachbereichsleiterin Oswald (bis 18.30 Uhr) Stellv. Fachbereichsleiter Adams Herr Dieterle (bis 18.30 Uhr)
Urkundspersonen:	Stadträtin Höfler und Stadtrat Werntaler
Schriftführung:	Frau Heinze und Herr Ockenfuß
Beginn:	17.30 Uhr
Ende:	19.40 Uhr

## TOP 1

### **Neue Finanzstruktur für Angebote der betreuten Freizeit an Grundschulen zum Schuljahr 17/18**

**Vorlage: 016/2017**

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf und verweist auf die intensive Vorbereitung der Vorlage. Hauptintension der neuen Beitragsregelung sei die Verbesserung der Qualität der Betreuung. Der städtische Anteil betrage unverändert jährlich 280.000 EUR. Er erklärt, dass die Neuregelung zunächst für ein Jahr getestet werden solle.

Fachbereichsleiter Sproß veranschaulicht nochmals die mit der neuen Beitragsregelung verbundene Zielsetzung und stellt die Solidargemeinschaft durch die Sozialstaffelung der Beiträge dar (Anlage 1). Eine absolute Gerechtigkeit werde nie möglich sein. Er sei aber überzeugt, dass sich die neue Regelung einspielen werde. Man habe nochmals mit dem Gesamtelternbeirat gesprochen, der eine intensive Beratung der Eltern fordere. Zudem solle die Stadt die Fälle im Blick behalten, wo Kinder nicht zur Betreuung angemeldet würden. Weiterhin sollen eine erste Information im Juli und eine Evaluation erfolgen. Eine Erhöhung der städtischen Mittel werde ebenfalls angeregt. Fachbereichsleiter Sproß geht auf die Situation an der Grundschule Tumringen ein, welche das Ganztagsmodell 3 Tage x 7 Std. fahre. Hier müsse die Schule über eine Änderung zu einer Betreuung von 4 Tagen x 8 Std. nachdenken, um die Betreuungskosten zu reduzieren.

Herr Dieterle merkt ergänzend an, dass eine Darstellung der Qualitätsverbesserung angestrebt werde und sich eine Studentin in ihrer Masterarbeit mit den Veränderungen der Neuregelung befassen werde.

Stadtrat Lusche verweist auf den langen, intensiven und kontroversen Diskussionsprozess in der Sache. In der CDU-Fraktion herrsche weiterhin ein unterschiedliches Meinungsbild zu dem komplexen Thema. Die angestrebte Qualitätsverbesserung werde begrüßt, gleichwohl müsse sich auch jeder das Betreuungsangebot leisten können. Hier sei eine enge Begleitung und Beratung geboten, damit in Einzelfällen nicht Kinder aus der Betreuung herausfallen. Ggf. müsse nach dem Probejahr an der Regelung nachjustiert werden.

Stadtrat Bernnat fordert, nun über den Regelungsvorschlag zu entscheiden, damit Planungssicherheit für die Schulen bestehe. Jeder habe sich hinreichend eine Meinung in der Sache bilden können. Er ist der Auffassung, dass die Ganztagsbetreuung grundsätzlich kostenfrei sein müsse - hier seien die Bundes- und Landespolitik gefordert. Er unterstreicht die Qualität der Betreuungsangebote und erklärt, dass aufgenommene Schwierigkeiten nach dem Probejahr korrigiert werden können.

Stadträtin Kurfeß bedankt sich für die nachgebesserte Vorlage, die Auseinandersetzung mit den Kritikpunkten und dem Feedback des Gesamtelternbeirats. Die unterschiedlichen Auffassungen der Schulen und Eltern seien zu respektieren. Eine familienfreundliche Stadtpolitik müsse sich an der Leistungsfähigkeit orientieren. Hier sei ggf. der städtische Anteil zu erhöhen. Auch in der Fraktion der Grünen bestehe kein einheitliches Meinungs-

bild zu der Vorlage. Da sie persönlich die Solidargemeinschaft kritisch sehe, werde sie der Vorlage nicht zustimmen.

Stadtrat Pichlhöfer erklärt für die Fraktion der Freien, dass man die Neuregelung kritisch begleiten werde und gespannt auf den Jahresbericht sei. Er hält ebenfalls die Beratung sowie die Aufklärung über die weiteren Hilfsangebote für wichtig.

Stadtrat Glattacker befürchtet, dass die Betreuungsnachfrage in Familien der unteren Einkommensgruppen zurückgehen werde und in der Folge das Personal nicht gehalten werden könne. Er spricht sich für eine weitere Einkommensstaffelung nach oben aus und werde daher der Vorlage nicht zustimmen.

Stadtrat Berg erklärt, dass eine absolute Gerechtigkeit der Beitragsregelung nicht möglich sei, die vorgelegte Staffelung aber in großem Masse gerecht sei. Er kritisiert, dass nicht alle Schulen in gebundener Form laufen. Eine Änderung im Falle der Grundschule Tumringen würde er begrüßen.

Auch von Stadtrat Schlecht wird darauf hingewiesen, dass man es nicht allen recht machen könne. Die erste und abgelehnte Beschlussvorlage sei nun nachgebessert und ein guter Kompromiss vorgelegt worden. Man habe elf Grundschulen mit unterschiedlichen Angeboten, die Flexibilität bieten. Zudem müsse die Leistung für die Stadt bezahlbar bleiben.

Auf Nachfrage bestätigt Fachbereichsleiter Sproß, dass die Zahlung des Mindestlohns gesetzliche Vorgabe sei und er von der Einhaltung ausgehe.

Der Vorsitzende sagt einen ersten Zwischenbericht Ende Juli nach den Anmeldungen zu und stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Hierauf fasst der Gemeinderat mehrheitlich bei 23 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen folgenden Beschluss:

1. Der neuen Finanzstruktur wird wie vorgeschlagen zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die neuen Regelungen zum Schuljahr 2017/18 umzusetzen. Die Eltern und Schulleitungen sind davon nach Beschlussfassung im Gemeinderat in Kenntnis zu setzen.
3. Mit den Kooperationspartnern SAK und Kaltenbachstiftung sind entsprechende Vereinbarungen abzuschließen.
4. Die erreichten Veränderungen hinsichtlich der Qualität der Angebote werden im Laufe des Schuljahres 2017/18 evaluiert. Die Verwaltung wird beauftragt, über die Ergebnisse der Evaluation zu berichten und gegebenenfalls einen Vorschlag zur Nachsteuerung zu machen.

## **TOP 2**

### **Gründung eines Eigenbetriebs für Wohnungsbaupolitische Zwecke**

**Antrag der SPD-Fraktion vom 01. Dezember 2016**

**Vorlage: 030/2017**

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein und verweist auf die intensive Beratung der Thematik im Hauptausschuss. Die Stadt Lörrach wolle in Sachen Wohnungsbau zügig vorankommen.

Stadträtin Cyperrek betont die anhaltende Wohnungsnot in Lörrach. Es brauche schnell bezahlbaren Wohnraum in der Stadt. Sie sehe in der Schaffung eines neuen Eigenbetriebs mit dem Betriebszweck der Wohnraumentwicklung eine gute Möglichkeit, in der Sache schnell weiterzukommen. In Passau sei beispielsweise eine GmbH zur Wohnraumentwicklung gegründet worden. Doch auch eine GmbH habe Nachteile. Sie frage sich indes, wie die Stadt das Ziel einer aktiven Grundstücks politik erreichen wolle, wenn weder ein Eigenbetrieb noch eine GmbH zielführend seien und wie die entsprechenden Prozesse insgesamt beschleunigt werden können.

Stadtrat Lusche betont, dass die Schaffung von Wohnraum als zentrales städtisches Handlungsfeld identifiziert worden sei. Man müsse sich nun überlegen, mit welchen Instrumenten man welche Inhalte verfolgen wolle. Die Schaffung eines weiteren Eigenbetriebs mache in Lörrach keinen Sinn. Ein Eigenbetrieb erzeuge einen hohen Aufwand bei vergleichbar geringem Nutzen. Eine Möglichkeit seien jedoch zweckgebundene Kredite. Die Fraktion der CDU wolle der Vorlage so zustimmen.

Stadträtin Kurfeß hält die Schaffung eines zusätzlichen Eigenbetriebs im Falle Lörrachs nicht unbedingt für geeignet. Die Fraktion der Grünen wolle der Vorlage der Verwaltung ebenfalls zustimmen.

Der Vorsitzende betont den Mangel an Ressourcen, insbesondere finanzieller und personeller Art, welcher die Verwaltung zu dem vorliegenden Beschluss veranlasst habe.

Stadträtin Cyperrek führt aus, dass die Stadt Prioritäten setzen müsse. Sie wolle wissen, wie die Schaffung von Wohnraum beschleunigt werden könne.

Der Vorsitzende sagt, dass die Bebauung des Areals Conrad auch sehr schnell von statten gegangen sei. Dies sei in erster Linie möglich gewesen, weil die Fläche der Stadt Lörrach gehöre. Auf die Entwicklungen in diesem Bereich könne die Stadt stolz sein.

Der Gemeinderat fasst sodann einstimmig bei 1 Enthaltung den folgenden Beschluss:

1. Vom Bericht der Verwaltung wird Kenntnis genommen.
2. Der Antrag der SPD-Fraktion wird nicht weiterverfolgt.

### **TOP 3**

#### **Forsteinrichtungserneuerung – Ziele des Waldeigentümers**

##### **Vorlage: 027/2017**

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein. Er verweist dabei auf den Wald als Seele der Deutschen.

Bürgermeister Dr. Wilke verweist auf die Vorberatung der Thematik im Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales. Die Politik bestimme die Ziele im Rahmen der Waldbewirtschaftung und der beauftragte Forsteinrichter leite daraus resultierende Maßnahmen ab. Die Funktionen des Waldes hätten sich in den vergangenen Jahren zunehmend verändert. Auch die Funktion des Waldes als Ausgleichsfläche dürfe nicht unterschätzt werden.

Stadtrat Glattacker stimmt der Vorlage im Namen der Fraktion der CDU zu.

Stadtrat Bernnat führt aus, dass man bei der Waldbewirtschaftung Zielkonflikte lösen müsse. Die Fraktion der SPD wolle der Vorlage so zustimmen.

Stadträtin Salach hält es für wesentlich, dass der Wald neben dem Holzeinschlag auch noch andere wichtige Funktionen erfülle. Es sei kaum möglich, bei der Zielsetzung alle auftretenden Zielkonflikte zu befrieden.

Stadtrat Lindemer erklärt, dass die gesetzten Ziele aus ökologischen, wie auch aus ökonomischen Gründen, von großer Bedeutung seien.

Der Gemeinderat fasst sodann einstimmig bei 1 Enthaltung den folgenden Beschluss:

Von der Vorlage der Verwaltung wird Kenntnis genommen. Die hierin formulierten Ziele der Stadt als Eigentümerin des Waldes sollen dem neuen Forsteinrichtungsplan zugrunde gelegt werden.

### **TOP 4**

#### **Aufhebung der Citymarktsatzung**

##### **Vorlage: 008/2017**

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein und erläutert, dass der Citymarkt aus der Not heraus geboren wurde. Es gebe insgesamt wenig Fahrgeschäfte und der Markt sei relativ kostenintensiv.

Stellvertretender Fachbereichsleiter Adams bezieht sich auf die offene Frage von Stadtrat Pichlhöfer im Hauptausschuss und informiert darüber, dass die GEMA-Gebühren in den vergangenen drei Jahren rückläufig gewesen seien.

Stadträtin Höfler erklärt, dass der bis ins Jahr 2010 bestehende Jahrmarkt sehr erfolgreich gewesen sei. Die Händler und Aussteller seien immer sehr gut angekommen. Märkte müssten die Eigenschaft besitzen, groß zu sein. Sie sei gespannt auf das von der Stadt für die Zukunft vorgesehene Konzept.

Stadträtin Bachmann-Ade findet es schade, dass der Betrieb des Citymarktes eingestellt werde. Sie verbinde mit dem Markt viele Kindheitserinnerungen. Aus Kostengründen sei das Vorgehen allerdings gerechtfertigt. Für die Zukunft brauche es eine attraktive Lösung. Die Fraktion der SPD wolle der Vorlage mehrheitlich zustimmen.

Stadtrat Wernthaler befindet, dass die Stadt zeitnah ein neues Konzept vorlegen müsse. Das Citymarkt-Konzept sei seinerzeit von verschiedenen Beteiligten gemeinsam entwickelt worden. Ein solches Vorgehen wünsche er sich auch im Hinblick auf das zukünftige Konzept. Er schlägt vor, die Entwicklung eines Konzeptes für den Standort bei der Alten Feuerwache zu prüfen.

Stadtrat Claassen äußert, dass die bisherigen, guten Standorte leider nicht mehr bestehen würden. Der bisherige Citymarkt sei in der Tat zu teuer geworden. Es brauche einen neuen Standort. Er sei der Meinung, dass eine mögliche Arbeitsgruppe, die mit der Entwicklung eines neuen Konzeptes befasst werde, einer externen Begleitung bedürfe.

Stadtrat Böhringer wirft ein, dass die Verwaltung schon längst mit der Entwicklung eines neuen Konzeptes hätte beginnen müsse.

Der Vorsitzende sagt, dass es nun rasch eines neuen Konzeptes bedürfe. Er regt an, das neue Konzept mit dem Tag der Demokratie im September zu verknüpfen. Hierbei müssten Rat und Verwaltung die Kosten klar im Blick behalten.

Bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung fasst der Gemeinderat mehrheitlich den folgenden Beschluss:

Die Satzung über den Citymarkt der Stadt Lörrach vom 26. April 2007, zuletzt geändert mit Satzung vom 31. Mai 2012, wird aufgehoben (Anlage 2).

## **TOP 5**

### **Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse und sonstige Bekanntgaben**

#### **5.1 Museumsdepot Brombacher Straße**

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass der Gemeinderat in der vergangenen Sitzung nicht-öffentlich einen Beschluss darüber gefasst habe,

1. dem Vergleichsvorschlag mit der Firma Egnot-Immobilien zur Beendigung des bestehenden Mietvertrags zuzustimmen.

2. die Anmietung der Gewerberäume im ehemaligen Gaba-Gelände, Berner Weg 23, für das Museumsdepot mit monatlichen Mietkosten in Höhe von 8.728,40 € zu genehmigen.
3. der befristeten Aufstockung der Stelle des Depotverwalters von 60% auf 100% für 8 Monate zuzustimmen.
4. Dass für den Fall, dass die für den HH 2017 angemeldeten Mittel für die die Anmietung im Berner Weg 23, die Einrichtung und die Kosten der Spedition nicht ausreichen sollten, diese im Rahmen der Gesamtdeckung überplanmäßig zur Verfügung gestellt werden.

## **5.2 GPA-Prüfung**

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass die Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg wieder ihre turnusmäßige Prüfung bei der Stadt Lörrach durchführe. Die Prüfung erstrecke sich auf die Bauausgaben der Jahre 2012 bis 2016 und beginne am 21. März.

## **5.3 Outsourcing Bebauungspläne**

Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdić erklärt im Hinblick auf die Anfrage von Stadträtin Cyperrek aus der vergangenen Gemeinderatssitzung, dass teilweise Sachbearbeiteraufgaben outgesourcet werden könnten. Insgesamt allerdings wolle sie als Fachbereichsleiterin die Zügel in der Hand behalten, weshalb sie komplexere Verfahrensbestandteile nicht outsourcen wolle.

## **5.4 Bauarbeiten Haager Straße**

Bürgermeister Dr. Wilke gibt bekannt, dass es in der Haager Straße zur weiteren Verlegung von Fernwärmeleitungen komme und es deshalb wieder, bis in den April, zu entsprechenden Straßensperrungen kommen könne.

## **TOP 6**

### **Allgemeine Anfragen**

#### **6.1 Parksituation nördliche Spitalstraße**

Stadtrat Dr. Vogelpohl gibt an, dass er die Beantwortung seiner Anfrage aus der vergangenen Sitzung nicht vollständig nachvollziehen könne. Im Bereich nördliche Spitalstraße seien keine Kontrollen, dennoch aber eine Bewirtschaftung des Parkraums vorgesehen. Viele Pendler und Touristen würden mittlerweile in dem Bereich parken. Die Beantwortung seiner Anfrage sei eher unbefriedigend ausgefallen.

Bürgermeister Dr. Wilke gibt an, dass die Anfrage nochmals schriftlich beantwortet werde.

## **6.2 Schulentwicklungsplanung**

Stadtrat Lusche bittet um eine Klarstellung hinsichtlich der Aussagen in der Presse ob eines angeblich defizitären Antragsverhaltens der Stadt Lörrach im Rahmen der Schulentwicklung und des Besuchs der Kultusministerin Eisenmann.

Bürgermeister Dr. Wilke gibt an, dass manche Aussage so nicht im Raum stehen sollte. Das Regierungspräsidium und das staatliche Schulamt hätten die Stadt bei der Antragstellung von Anfang an begleitet. Im Januar habe sich die Stadt mit ihren Plänen an das Regierungspräsidium gewandt und im April werde es die nächsten Ergebnisse des regionalen Schulentwicklungsprozesses geben. Ein bestehender Antrag von 2004 sei ihm indes nicht bekannt.

Der Vorsitzende ergänzt, dass in dem Antrag aus dem Jahr 2004 das Hans-Thoma-Gymnasium auf die damals schon bestehende Raumknappheit hingewiesen hatte. Insgesamt habe sich die Stadt nichts vorzuwerfen.

## **6.3 Krähen-Problem/Lärmaktionsplanung/ Verwarnung ausländischer Fahrzeuge**

Stadtrat Escher wolle gerne wissen, wie die Stadt plane, mit dem Krähen-Problem in der Haagener Straße und der Wiesentalstraße umzugehen. Er fragt, ob die Nester der Vögel jedes Jahr erneut entfernt werden müssten.

Außerdem fragt er, wann und wie der Lärmaktionsplan in Zukunft überprüft werden solle. Laut Aussagen in Presse würden verschiedene Anlieger in der Wallbrunnstraße als auch Stadtrat Wernthaler von der Fraktion Die Grünen fordern, dass der Lärmaktionsplan vorzeitig, also bereits vor der grundsätzlichen Evaluationszeit von fünf Jahren, überprüft werden soll. Er wolle gerne wissen, wie die Verwaltung mit dieser Aufforderung umgehe.

Indes interessiere ihn, wie die Verwaltung mit Verwarnungen ausländischer Fahrzeuge umgehe. Angeblich würde die Stadt Verstöße mit Verwargeldern unterhalb von 75,00 Euro nicht konsequent verfolgen. Er wolle hierbei im Detail wissen, wie viele Fahrzeuge im Jahr 2016 beanstandet, wie viele Vergehen verfolgt und wie viele daraus resultierende Forderungen beigetrieben wurden. Zudem wolle er auch wissen, wie viele der Forderungen niedergeschlagen worden seien. Er wünsche sich genaue Zahlen hinsichtlich der Aufkommen an Verstößen und der finanziellen Auswirkungen.

Bürgermeister Dr. Wilke gibt an, dass man hinsichtlich der Krähen-Problematik schriftlich antworten wolle. Für die Überprüfung des Lärmaktionsplanes gebe es genau definierte Überprüfungszeiten.

#### **6.4 Brunnenpatenschaften / Wegfahrkralle**

Stadtrat Pichlhöfer verweist auf die Brunnenpatenschaften aus dem Jahr 2002. Dabei hätten ehrenamtliche Bürgerinnen und Bürger Brunnen stets gepflegt und mit Blumen verziert. Er wolle nun wissen, welche Haltung die Stadt zur Verzierung der Brunnen durch die Brunnenpaten mit Osterschmuck einnehme. Zudem wolle er wissen, welche Haltung die Stadt hinsichtlich des Einsatzes von Parkkrallen einnehme.

Bürgermeister Dr. Wilke sagt, dass die Brunnen nicht im Betrieb seien und nicht in Betrieb genommen werden. Deshalb bräuchten die Brunnen auch nicht geschmückt werden. Die Stadt verfüge über zwei Parkkrallen. Diese kämen auch hin und wieder zum Einsatz. Er verweist auf die Beantwortung der Anfrage von Frau Cyperrek.

#### **6.5 Antrag der Fraktionen der Grünen und der CDU**

Stadträtin Kurfeß gibt an, dass die Fraktionen der Grünen und der CDU einen gemeinsamen Antrag zur Wohnraumoffensive stellen wollen, da die Thematik der Schaffung von Wohnraum eine große Herausforderung sei und dringend angegangen werden müsse (Anlage 3).

#### **6.6 Halle Brombach / Brand Lauffenmühle**

Stadtrat Oehler bittet um einen aktuellen Planungsstand hinsichtlich der Halle Brombach und bittet zudem um Information darüber, ob es durch den Brand bei der Lauffenmühle zu Konsequenzen für das Trinkwasser gekommen sei.

Bürgermeister Dr. Wilke verweist auf die Beratung der Thematik Halle Brombach in der kommenden Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales. Die Thematik Grundwasserschutz werde von allen Beteiligten, Stadt, Landratsamt und Lauffenmühle, die sich alle auch schon ein Bild vor Ort gemacht haben, gemeinsam aufgearbeitet.

#### **6.7 Öffentliche Parkplätze in Anliegerstraße / Altlasten Wiesevorland**

Stadträtin Cyperrek wolle wissen, warum es in einer Anliegerstraße (Bereich nördliche Spitalstraße) öffentliche Parkplätze geben könne. Ihr liege die Information vor, dass dies rechtlich überhaupt nicht möglich sei. Zudem wolle sie wissen, inwiefern die Stadt über mögliche Altlasten im Wiesevorland informiert sei und damit bei Vorhaben sensibler Nutzung, beispielsweise bei der Errichtung von Spielplätzen, umgehe.

### **TOP 7**

#### **Fragestunde der Bürger**

keine

## **TOP 8 Offenlegungen**

Der Gemeinderat nimmt von nachstehenden Offenlegungen Kenntnis:

- 8.1 Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderats der Stadt Lörrach am 16. Februar 2017
- 8.2 Schriftverkehr vom Februar 2017 mit dem Bund der Steuerzahler BW e.V. hinsichtlich der Velöhalle Lörrach
- 8.3 Stellungnahme des FB Straßen/Verkehr/Sicherheit vom 7. März 2017 auf Anfrage von Stadtrat Escher zur finanziellen Förderung der Velöstation
- 8.4 Stellungnahme des FB Straßen/Verkehr/Sicherheit vom 7. März 2017 auf Anfrage von Stadtrat Dr. Vogelpohl zur Parkraumsituation in der Nördlichen Spitalstraße
- 8.5 Annahme/Vermittlung von Kleinspenden gemäß § 78 Abs. 4 GemO vom Februar/März 2017

### **Zur Beurkundung**

Der Vorsitzende:

Urkundspersonen:

Schriftführung: